

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 6

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

«IM SUMPF DER POLITISCHEN MITTE»

In der Schweizer Publizistik hat die Mobilmachung für die grossen Politikmanöver im Wahlherbst mit Fanfarenstössen und Trommelklang stattgefunden. Aus früheren Hoffnungswahlen und Wendezeiten ist zwar nichts geworden. Aber die Verschiebungen in einigen kantonalen Wahlgängen werden bereits wieder zu Erdbeben emporstilisiert und mit abenteuerlichen Spekulationen angereichert. Dass die Regierungen stabil geblieben sind, ist indessen ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich im politischen Gefüge kaum etwas geändert hat. Die Bewegungen sind vielmehr Ausdruck für eine politische Stimmungslage, die derzeit auf Unsicherheiten und Ängste äusserst labil reagiert.

Der Erfolg der «Schweizerischen Volkspartei» hat zwei Dimensionen, deren eine, die weitgehende Eliminierung der Gruppierungen am rechten Rand des Parteienspektrums, interessanterweise wenig Beachtung findet. Gegenüber den seinerzeit fast kometenhaft aufgestiegenen «Überfremdungsparteien», den «Republikanern» und der «Nationalen Aktion» sowie gegenüber ihren Nachfolgern, den «Schweizer Demokraten» und der «Auto»-, später «Freiheitspartei», hatten sich die bürgerlichen Parteien stets klar abgegrenzt. Heute sind die rechtsausser politisierenden Kräfte von der SVP praktisch integriert worden, und Nationalrat Blocher hat denn auch unverblümt erklärt: «Wenn die bürgerlichen Parteien richtig politisieren, darf es rechts von ihnen keine Partei geben.» Der unscharfe Begriff «bürgerlich» wird damit völlig für eine Polarisierungsstrategie gegenüber «der Linken» in Anspruch genommen und für den Kampf gegen das unter den Bedingungen der direkten Demokratie gewachsene Konkordanzsystem instrumentalisiert. Diese Strategie hat sich bisher in Volksabstimmungen höchstens für einzelne Vetoentscheide, aber nicht für konstruktive Lösungen als mehrheitsfähig erwiesen. Sie dürfte daher auch parteiintern, bei wichtigen Interessengruppen und bei Behördevertretern zunehmend zu Spannungen führen.

Die andere Dimension ist die durch die Polarisierung ausgelöste Erosion in der politischen Mitte, die für die Mehrheitsbildung von entscheidender Bedeutung ist. Auch hier hat sich – wie übrigens auch auf der Linken – eine Konzentration auf die grösseren Parteien ergeben. Trotzdem sehen sich heute FDP und CVP von einigen Medien als Prügelknaben der Nation vorgeführt. Wenn sie sich bei einem sach-

lich unbefriedigenden Kompromiss wie der Mutterschaftsversicherung für die eine oder andere Parole entscheiden, werden sie unbeschadet einem Lager zugeordnet. Zweifellos fehlt es beiden Parteien auch an Selbstbewusstsein und am Vermögen, liberale und marktwirtschaftliche Positionen nicht nur nach links und rechts, sondern auch gegenüber den Ansprüchen eigener Interessengruppen an den Staat glaubwürdig abzugrenzen. Doch wenn sie diese Positionen der Weltoffenheit, der Bereitschaft zu Anpassungen an den wirtschaftlichen und sozialen Wandel und einer politischen Kultur der Verständigung ohne Rücksicht auf zeitbedingte Popularitätskurven behaupten, werden sie auf die Dauer weder von der Rechten noch von der Linken ernsthafte Konkurrenz erhalten.

Das vom SVP-Präsidenten geprägte Unwort «*politischer Sumpf der Mitte*» trifft nicht nur die benachbarten und als Verbündete immer wieder benötigten Parteien unter der Gürtellinie, es muss auch von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern als blanker Hohn empfunden werden. Hält man sich vor Augen, dass beim Zürcher Wahlgang die Beteiligung auf einen Tiefstwert sank, müsste man sich auch wieder einmal über die Gründe der Abstinenz Gedanken machen. Eines der Motive dürfte wohl gerade mit dem Klima der politischen Verhärtung und Polarisierung zu tun haben. Die Wahlergebnisse legen nahe, dass das Potential der Protestwähler und Frustrierten vom lautstarken Angebot polarisierender Parteien durchaus mobilisiert wurde und dass das vermutete Vakuum irgendwo in der Mitte zu orten wäre. Es gibt genügend Anzeichen für eine weitverbreitete Abneigung gegen die Art und Weise, wie Politik sich heute darstellt – in den Parlamenten, in den Parteien und nicht zuletzt in den Medien. Der Ansatz einer problemlösungsorientierten Politik ist wohl der richtige, um solche Wählerschichten zu reaktivieren. Aber dies allein wirkt zu abstrakt und zu technokratisch. Es müsste gleichzeitig gelingen, ideellen Grundwerten wieder einen Gehalt zu geben und sie verständlich zu kommunizieren. Die direkte Demokratie lebt wie keine andere Staatsform von der permanenten Auseinandersetzung über die Rolle des Staates. Und die Stärke der im ursprünglichen Sinn liberalen Parteien in diesem System liegt eben darin, dass sie auch die Grenzen der Staatstätigkeit immer wieder thematisieren. Das ist so zeitgemäss wie eh und je. Aber man muss sich darauf besinnen! ♦

Albert A. Stahel

DIE USA ALS ORDNUNGSMACHT IN EUROPA

Seit Wochen bombardiert die Nato militärische und zivile Ziele in Jugoslawien. Schrittweise wird dabei die militärische, aber auch die wirtschaftliche Infrastruktur des Landes zielgenau zerstört. Die dabei entstandenen Schäden dürften 100 Milliarden Schweizer Franken übersteigen. In absehbarer Zeit ist mit einem wirtschaftlichen Kollaps des Landes zu rechnen, der langfristig auch negative Auswirkungen auf die politische und soziale Struktur Jugoslawiens haben dürfte. Sukzessive wird das einst industrialisierte Land in ein Armenhaus verwandelt.

Trotz der Bombardierungen gehen die Vertreibungen im Kosovo weiter. Die Bombardierungen der jugoslawischen Wirtschaftsinfrastruktur, zum Beispiel die Zerstörungen der Donaubrücken, zieht aber auch die Volkswirtschaften der Nachbarstaaten in den Abgrund.

Im Prinzip wird mit den zielgenauen Bombardierungen gegen *Slobodan Milosevic* und Jugoslawien ein bekanntes Muster wiederholt: die Luftangriffe gegen den Irak im Januar/Februar 1991. Systematisch wurde zuerst die politische und wirtschaftliche Infrastruktur des Iraks zerstört und anschliessend die irakische Militärmaschinerie, soweit es für den Bodenangriff von General *Schwarzkopf* notwendig war, zusammengeschlagen. Als Machtfaktor war der irakische Diktator *Saddam Hussein* in der Region weitgehend ausgeschaltet. Gleichzeitig wurden aber dem Irak soviel Waffen übriggelassen, dass er für die Zukunft weiterhin eine gewisse Bedrohung für die Nachbarstaaten blieb und die Militärpräsenz der USA dadurch gerechtfertigt wurde. Die gesamte Aktion wurde durch den Sicherheitsrat abgesegnet. Einzelne Vertreter der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates wurden durch namhafte Geldbeträge zur Zustimmung der Resolutionen ermuntert.

Wir erleben wieder das gleiche Schauspiel, allerdings mehr aus der Nähe. Jugoslawien war bis vor kurzem die regionale Militärmacht des Balkans, verfügte über eine eigene Industrie und leistete den USA bei ihren Bemühungen, die Kontrolle über Südosteuropa zu übernehmen, Widerstand. Die Kosovo-Krise und die durch die jugoslawische Sonderpolizei begangenen Greuelthaten boten sich als Vorwand für ein politisches und militärisches Vorgehen gegen den Diktator *Milosevic* geradezu an. Unterstützt durch den britischen Premierminister *Tony Blair* versuchte die US-Aussenministerin *Madeleine Albright* Jugoslawien mit den Verhandlungen in Rambouillet in

die Enge zu treiben und zur Kapitulation zu zwingen. Mit der Halsstarrigkeit des Diktators *Milosevic* hatte sie offensichtlich nicht gerechnet. Dies bewies auch der zu Beginn unsorgfältig geplante und geführte Luftschlag. Für die Ausführung der bramarbasierenden Drohungen des Nato-Oberkommandierenden *Wesley Clark* standen lediglich 100 Kampfflugzeuge zur Verfügung. Erst nach und nach haben die USA auf Antrag von *Clark* mehr Kampfflugzeuge zur Verfügung gestellt.

Das Ergebnis der Bombardierungen ist absehbar: die wirtschaftliche Zerstörung und die militärische Entwaffnung Rest-Jugoslawiens und damit die Ausschaltung dieses Staates als die letzte Militärmacht des Balkans. Die begangenen Greuelthaten gegen die

Die Greuelthaten gegen die Kosovo-Albaner können nicht entschuldigt werden, aber sie können auch nicht gegen die wirtschaftliche, militärische und politische Zerstörung des Landes aufgerechnet werden.

Kosovo-Albaner können nicht entschuldigt werden, aber sie können auch nicht gegen die wirtschaftliche, militärische und politische Zerstörung des Landes aufgerechnet werden. Gleichzeitig wird die Zustimmung der Russischen Föderation und ihres Präsidenten *Boris Jelzin* zur Neuordnung auf dem Balkan und in Südosteuropa mit Geld erkaufte.

Das eigentliche Opfer der gesamten Aktion ist die politische Zukunft Europas, das wieder einmal mehr seine militärische und politische Ohnmacht bewiesen hat und sich gegen seinen Lehensherrn USA nicht durchsetzen konnte. Vermutlich werden sich die Europäer auch in den nächsten Jahrzehnten mit ihrem Schicksal als amerikanische Vasallen begnügen müssen. ♦

ALBERT A. STAHEL ist 1943 in Zürich geboren. Seit 1980 hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsschule Au/ZH für Strategische Studien. Seit 1987 Titularprofessor an der Universität Zürich. Stahel ist u.a. Mitglied des International Institute for Strategic Studies in London.